

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 4

Vorwort: Ansätze eines gewerkschaftlichen Krisenmanagements angesichts der leeren Kassen und der Krise überall

Autor: Ackermann, Ewald

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ansätze eines gewerkschaftli- chen Krisen- managements angesichts der leeren Kassen und der Krise überall

Das ist das Verfluchte an der aktuellen Krise: Sie verschlimmert sich von Tag zu Tag, es besteht zu wenig Bereitschaft von Staates wegen, ihr zu begegnen und: dieser, bzw. die Bürgerlichen, die ihn verwalten, rechtfertigt mageres Tun mit dem Leck in den Kassen. Dass da, wo die Gelder spriessen sollten, nun Leere gähnt, spornt einen Teil dieser Bürgerlichen auch dazu an, am sozialen Schutz abzustreichen. Oder diese Tatsache dient zumindest als willkommene Legitimation für solches Tun. Das muss die Gewerkschaften doppelt, gar dreifach herausfordern. Sie müssen nicht nur das Programm eines Krisenmanagements erarbeiten, sie müssen dieses auch in der Öffentlichkeit verteidigen, seine Wirksamkeit offensichtlich machen und dabei in Kauf nehmen, dass nicht alle wünschbaren Ziele gleichzeitig erreicht werden können. Was konkret heisst: jetzt hat der Staat, jetzt haben die öffentlichen Gemeinwesen zuerst einmal mittels Investitionsprogrammen die Krise zu bekämpfen. Das Ziel ausgeglichener Haushalte sei nicht aufgehoben, wohl aber aufgeschoben.

Leere Kassen überall. Krise überall. Müssen die Gewerkschaften da zurückstehen, müssen sie neue Konzepte eines Krisenmanagements entwickeln? Diese Frage stellte ich mehreren GewerkschafterInnen, auf unterschiedliche Ebenen bezogen. Als da etwa wären: die Politik des SGB allgemein und auf parlamentarischer Ebene, die Vertragspolitik, die Politik gegenüber den öffentlichen Haushalten als Arbeitgeber und zuletzt der kleine Handlungsspielraum, der aktiven GewerkschafterInnen offenbleibt, wenn sie neue und nicht durch die Mühlen der Gremien gewundene Ideen lancieren wollen. Was im vorliegenden Heft herauschaut: kein geschlossenes Konzept, sondern ein Potpourri unterschiedlicher Meinungen und Vorschläge, ein Anfang, nicht ein Ende der Diskussion. Dass dabei Einigkeit über die Notwendigkeit von Investitionsprogrammen herrscht, erleichtert die öffentliche Position der Gewerkschaften nicht unbedingt.

Einigkeit herrscht nämlich auch bei den meisten Wirtschaftspublizisten, die vorgeben, unabhängig und vorurteilsfrei zu denken und entsprechend in den Medien zu texten. Da werden, weil es ihnen vor einiger Zeit Professoren so beigebracht haben, von vorneherein Interventionen des Staates zur Wirtschaftsbekämpfung, und wie gar Investitionsprogramme, abgelehnt. Wirtschaftsjournalisten schreiben voneinander ab, was sie für unumstössliche Wahrheit halten: dass staatliche Spritzen letztlich nichts fruchteten. Und diejenigen, die mal gelernt haben, dass man Behauptungen mit Belegen bekräftigen sollte, verweisen, auch da voneinander abschreibend, auf die Nutzlosigkeit entsprechender Anstrengungen in den 70er Jahren.

Wenn Wirtschaftsjournalisten Einseitiges und Falsches wiederkäuen, dann soll dieser Vorwurf hier allerdings von keinen internen Blößen ablenken. Die Gewerkschaften haben programmatisch noch vieles feinzuschleifen, in der Praxis dann noch mehr durchzuziehen. Die vorliegende Rundschau bietet dazu vielleicht eine kleine Hilfe.

Ewald Ackermann